

Das U3-Problem – auch hier könnte ein FM-Ressourcenprojekt helfen...

Ein großer Wettbewerbsnachteil von Deutschland geht immer noch von der im europäischen Ländervergleich unterdurchschnittlichen Kinderbetreuungsquote in Deutschland aus. Die Folgen sind klar: Zu wenig Kinder, insbesondere auch von akademisch vorgebildeten Müttern, und vor allem auch zu große Gefahr, eben diese durch die Mutterschaft im Berufsleben zumindest teilweise zu verlieren. Ein volkswirtschaftliches Korsett, dass man sich kaum länger leisten kann. Der Gesetzgeber hat reagiert: Der gezielte U3 (Kinder unter 3 Jahre) Ausbau...

Die Idee und auch die gesetzlichen Vorgaben sind eindeutig und überschaubar. Eine deutlich erhöhte Quote an vorgehaltenen U3-Plätzen in den Kindertagesstätten der kommunalen, kirchlichen und sonstigen Trägerschaften soll und wird für bessere Rahmenbedingungen junger Familien und vor allem auch Alleinerziehender sorgen. Der Arbeitsmarkt wird es danken. Um das Ganze auch finanzieren zu können, gelten für diese Kindergruppe zum Teil bis zu dreifache sogenannte Kindpauschalen, die die Trägerschaften in die Lage versetzen sollen, den deutlich erhöhten Betreuungsaufwand sowohl fachlich wie auch sachlich leisten zu können.

Soweit so gut. Das Ganze hat nur einen Haken, der aktuell massiv durch die Presse ging. Die Vorgaben zur Betreuung von Kleinkindern verlangen nicht nur eine andere Ausstattung (wie z.B. Wickeltische u.ä.) und eine erweiterte Erzieherausbildung, sondern insbesondere auch z.T. deutliche Erweiterungen der Infrastruktur von gängigen Kindertagesstätten. So ist die maximale Kinderzahl einer Kindergartengruppe bei den U3-Gruppen deutlich geringer, als bei den Ü3-Gruppen. D.h., dass für dieselbe Kinderzahl mehr Gruppen von Nöten sind als bisher, mit allen Folgefolgen wie mehr Personal, mehr Räume, mehr Infrastruktur. Darüber hinaus werden vom Gesetzgeber – zu Recht – weitere infrastrukturellen Einrichtungen pro U3-Gruppe verlangt, wie Neben- und Ruheräume, die den anderen Ansprüchen von Kleinkindern gegenüber Ü3-Kindern Rechnung tragen.

Auf diese Herausforderungen sind die wenigsten Kindertagesstätten und ihre Träger vorbereitet. Um die notwendige, und aufgrund der hohen Kindpauschalen auch lukrative Erweiterung von U3-Gruppen auch in den Einrichtungen realisieren zu können, kommen die meisten nicht um Anbau, Umbau oder Erweiterung herum. Das heißt: Investition! Und diese ist in den Kindpauschalen natürlich nicht enthalten und um diese wird nun vortrefflich (mal wieder) gestritten. Wer soll das zahlen? Der Besteller (also das Land) oder die Nutznießer höherer Pauschalen (also die Träger wie Kommunen und Kirchen)?

Wie auch immer das Rennen, in das sich die Verfassungsgerichte bereits eingeschaltet haben, ausgehen wird. Unter dem Strich wird nicht nur eine Erweiterung von Fläche und Infrastruktur und damit Investition erforderlich sein. Es werden vor allem die Folgekosten steigen, denn die hängen fast ausnahmslos an der Fläche an sich und die geht nach oben!

Das heißt, die Diskussion sollte dringend in Richtung Folge-(Voll-) Kosten (siehe Abb. 1) erweitert werden, denn diese werden die sowieso schon großen finanziellen Probleme von Kommunen und Kirchen noch weiter verschärfen, selbst wenn das Land – und auch das ist unwahrscheinlich – für die vollständigen notwendigen Investitionen aufkommen würde!

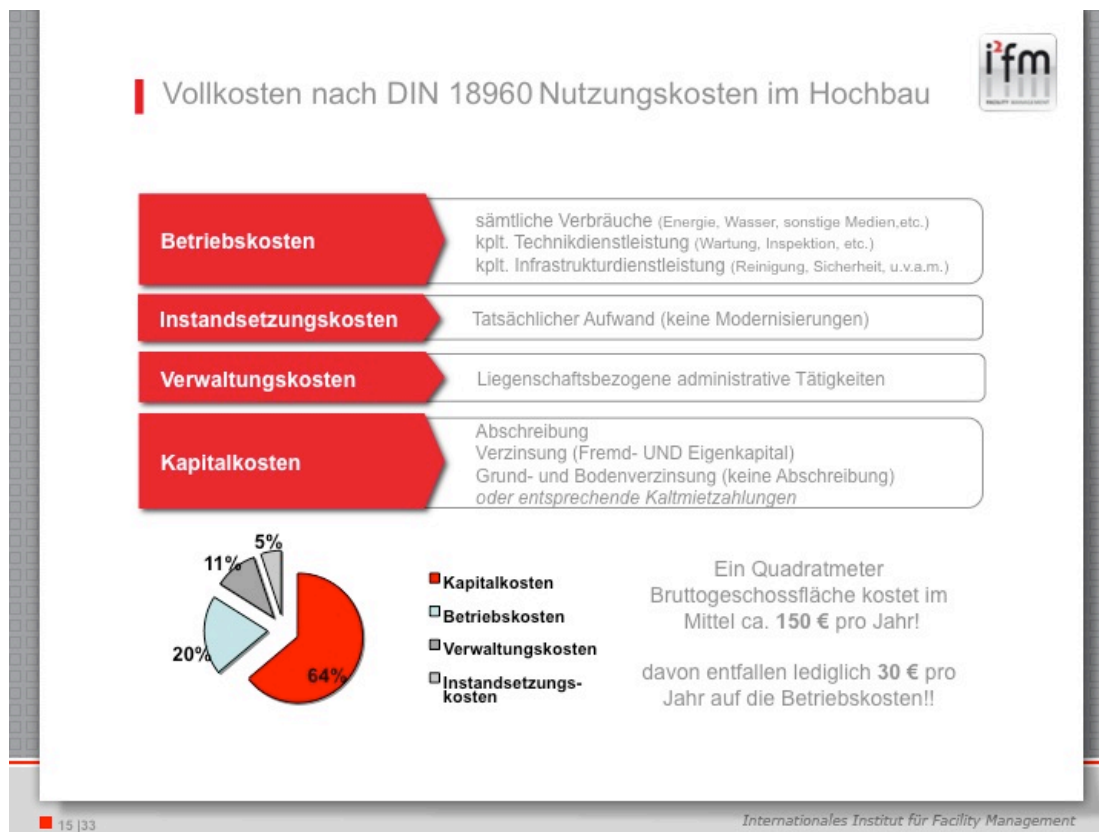


Abbildung 1

Es gibt aus diesem Dilemma nur einen Ausweg: Die erhöhten Kosten aus Kapital-, Betriebs-, Objektmanagement- und Instandsetzungskosten sind im Kita-Bereich unausweichlich, das belegen zahlreiche Berechnungen des Internationalen Institut für Facility Management. Dieser Kostenanstieg ist nur durch eine einzigen Ausweg zu meistern: Das, was im Kita-Bereich teurer wird, muss auf anderer (Infrastruktur-)Seite wieder eingespart werden. Es wird definitiv nicht gelingen, diese Beträge innerhalb der Kita-Infrastruktur wieder ein zu sparen, selbst wenn beispielsweise sämtliche Häuser überhaupt keine Energie mehr benötigen würden. Dafür sind die Kapitalkosten der Investition viel zu hoch. Diese Einsparungen gelingen ausschließlich dann, wenn in mindestens demselben Maße (besser noch mehr!!) auf anderer Seite an Fläche eingespart wird, was auf der Seite der Kitas unumgänglich an Flächenwachstum erforderlich sein wird!

Aber wo stecken diese Flächen? Viele Kämmerer und Bürgermeister tauchen nach wie vor in den Nachrichten auf mit der Behauptung, dass sie beim „sparen bereits am Ende der Fahnenstange angelangt seien“. Mitnichten! Vielleicht „gefühlte“ und hinsichtlich der teils erheblichen Einschnitte bei den Leistungen an die Bürger. Keine Frage. Aber definitiv nicht im Bereich der Flächenverbräuche. Nach wie vor kommen auf JEDEN Bediensteten der Öffentlichen Hand (Bund, Länder, Kommunen, Kreise), der seinen Arbeitsplatz in einem Büro hat, eine Bruttogeschoßflächenanteil von durchschnittlich über 45 Quadratmeter! Sicher, das ist in der Privatwirtschaft auch nicht anders, mitunter sogar mehr. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass es bereits Kommunen geschafft haben, im Verwaltungsbereich mit unter der HÄLFTE dieser Summe aus zu kommen. Und das Ganze bei deutlich gesteigener Nutzungsqualität für die Mitarbeiter und nachweislich höherer Zufriedenheit. Solche Projekte sind u.a. beim Internationalen Institut für Facility Management bereits Gang und Gäbe und auch jederzeit einsehbar. Nehmen Sie einfach Kontakt mit uns auf.

Das Potenzial, das in diesen Flächenbereichen steckt, würde ganz locker ausreichen, eine Bedarfsquote von 100% hinsichtlich der U3-Plätze in den Kitas zu erfüllen. Und niemand müsste auf Investitionen verzichten oder wäre nicht in der Lage, die Folgekosten der Raumerweiterung auch in Zukunft zu leisten.

Kontaktdaten:

Holger Knuf
Institutsleiter
Internationales Institut für Facility Management
Essener Str. 5, 46047 Oberhausen
Tel: 0208 / 205-21-97
Fax: 0208 / 205-59-56
www.i2fm.de